

26.10.2007 Presseerklärung / press release

Siemens: Konzernumbau und Compliance im Fokus internationaler Arbeitnehmerkooperation

43 Siemens-Gewerkschafter und Betriebsräte aus 17 Ländern aus Amerika, Asien und Europa haben sich am 25. und 26. Oktober 2007 in Frankfurt getroffen, um die Situation der Siemens-Beschäftigten und die Arbeitsbedingungen im Siemens-Konzern weltweit zu diskutieren. Die IG Metall hatte mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum dritten Mal zu dem Treffen eingeladen, um die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften bei Siemens angesichts der globalen Strategien des Konzerns zu verbessern. Das gemeinsame Ziel sind bessere Bedingungen für Beschäftigte sowie die Sicherung von Beschäftigung und Standorten weltweit.

Aktuell sind die Siemens-Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen in allen Ländern mit dem geplanten Konzernumbau befasst. Informationen über diese Pläne und ihre Folgen liegen den Beschäftigten in der Mehrheit der vertretenen Länder bislang nicht vor, obwohl die Führungsebenen längst informiert sind. Die Gewerkschafter beschlossen daher, dieses Versäumnis der Firmenseite in Zukunft verstärkt durch den eigenen Austausch auszugleichen.

Die zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschätzbaren Konsequenzen des Umbaus rufen bei den Arbeitnehmern große Sorgen hervor. Die Gewerkschafter setzen sich nachhaltig dafür ein, dass im Zuge des Konzernumbaus keine Arbeitsplätze, Geschäftsbereiche und Standorte gestrichen werden. Das Ziel ist aus ihrer Sicht, Siemens als innovativen integrierten Hightech-Konzern zu erhalten und auszubauen. Sie appellieren an die Unternehmensführung, die Interessenvertretungen und Gewerkschaften kontinuierlich einzubeziehen und ihre Forderungen zu berücksichtigen.

In Zusammenhang mit der Compliance-Initiative von Siemens sprechen sich die Gewerkschafter mit aller Deutlichkeit dafür aus, dass der Korruptionsskandal bei Siemens aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig wenden sie sich jedoch entschieden gegen die Kriminalisierung ganzer Beschäftigtengruppen sowie datenschutzrechtlich fragwürdige Methoden, in großem Umfang personenbezogene Daten zu erfassen, wie dies bereits in einigen Ländern begonnen wurde.

Ein zusätzlicher Aspekt der Compliance-Verbesserungen ist aus Sicht der Beschäftigtenvertreter der ausdrückliche Bezug nicht nur auf Gesetze und Regeln des Geschäftsgebahrens, sondern ebenso die Einhaltung von Tarifen, Betriebsvereinbarungen und internationalen Arbeitsnormen.

Abschliessend forderten die Gewerkschafter Siemens auf, grundlegende Arbeitsrechtsstandards, insbesondere die Kernnormen der International Labor Organization (ILO) und die Richtlinien der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) für multinationale Unternehmen weltweit anzuerkennen und umzusetzen.